



## Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie schon im letzten Psychotherapeutenjournal und in unserem Rundschreiben angekündigt finden vom 17. Oktober bis 23. November die Wahlen zur neuen, vierten Vertreterversammlung der Kammer statt. **Bitte beteiligen Sie sich an der Wahl.**

Die Wahlzeit beginnt mit Aussendung der Wahlunterlagen. Die Aussendung wird spätestens am 17. Oktober 2013 erfolgen. Bis spätestens 18. November (Ende der Wahl) muss Ihr Stimmbrief in der Geschäftsstelle der Kammer eingegangen oder bei der Post aufgegeben worden sein. Das Ergebnis der Wahl wird Ihnen spätestens zwei Wochen nach Auszählung der Wahl in einem gesonderten Rundschreiben und auf der Homepage der Kammer mitgeteilt werden. Der neue Kammervorstand wird dann in der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung Anfang Februar 2014 gewählt werden.

Das Patientenrechtegesetz, das Ende Februar dieses Jahres in Kraft getreten ist, haben wir auf der Homepage ausführlich dargestellt ([www.lpk-bw.de/archiv/news/2013/pdf/130327\\_lpk-info\\_patientenrechtegesetz\\_2013.pdf](http://www.lpk-bw.de/archiv/news/2013/pdf/130327_lpk-info_patientenrechtegesetz_2013.pdf)) und kurz kom-

mentiert. Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen und Diskussionen bei Veranstaltungen von Verbänden ließen deutlich werden, dass hier viele Fragen und Unsicherheiten, die schon während des Gesetzgebungsverfahrens aufgetaucht waren, weiter bestehen. Vor allem die neuen gesetzlichen Regelungen zur Akteneinsicht und zur Aufklärung der Patientinnen und Patienten zu Beginn der Behandlung rufen erhebliche Unsicherheit bei vielen Kolleginnen und Kollegen hervor. Die Vertreterversammlung wird sich mit dem Gesetz ausführlicher befassen müssen, denn die Berufsordnung der Kammer muss an einigen Stellen präzisiert oder geändert werden, um den neuen gesetzlichen Erfordernissen gerecht werden zu können. Wir beabsichtigen, weitere Informationen auf unserer Homepage zu veröffentlichen sowie hierzu Informationsveranstaltungen durchzuführen, um die aufgekommenen Fragen zusammen mit Interessierten zu diskutieren. Wir werden Sie im nächsten Psychotherapeutenjournal ausführlicher informieren.

Von angestellten Kolleginnen und Kollegen wird immer wieder an uns herangetragen, dass in vielen stationären Einrichtungen sowohl die Vergütung als auch Aufstiegs-

möglichkeiten für approbierte PP und KJP nicht adäquat Berücksichtigung finden. In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, Hubert Seiter, haben wir diese Frage erörtert und vereinbart, in einem weiteren Gespräch gemeinsam Lösungsansätze für die Rehabilitationseinrichtungen zu erarbeiten. Deutlich wurde, dass diese nicht kurzfristig erreichbar sein werden. Einigkeit bestand hierbei, dass der aufkommende Mangel an Fachärzten Überlegungen fördert, welche Aufgaben innerhalb von Rehabilitationseinrichtungen von PP und KJP übernommen werden könnten, um eine gute Patientenversorgung sicherzustellen. Diese müssen dann, so unsere Forderung, auch entsprechend vergütet werden.

In der Hoffnung, dass Sie nach einer erholsamen Sommerpause einen guten Wiedereinstieg in den Berufsalltag gefunden haben, verbleiben wir mit vielen Grüßen

Ihr Kammervorstand,

*Dietrich Munz, Martin Klett,  
Kristiane Göpel, Birgitt Lackus-Reitter,  
Roland Straub*

### Landespsychotherapeutentag „Arbeit und psychische Gesundheit“

Mit über 300 Teilnehmern war der diesjährige Landespsychotherapeutentag zum Thema „Arbeit und psychische Gesundheit“ im Festsaal des Stuttgarter Hotels Le Méridien ausgesprochen gut besucht. **Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz** begrüßte die Teilnehmer und Gäste und wies einleitend auf die Bedeutung des Themas hin. Er hob hervor, dass die Zahl der Krankschreibungen

aufgrund psychischer Erkrankungen nach den Berichten verschiedener Krankenkassen stark zunahm und sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt habe. Jährlich würden ca. 5% der GK-Versicherten wegen psychischer Erkrankung vorübergehend arbeitsunfähig, d. h. krankgeschrieben. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit sei im Vergleich zu anderen Erkrankungen sehr hoch (durchschnitt-

lich 30 Tage) und auch die psychisch bedingten Frühberentungen hätten sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Der gesamtgesellschaftliche Schaden sei immens, der Produktionsausfall wegen psychischer Erkrankungen belaufe sich auf jährlich knapp fünf Milliarden Euro, ganz abgesehen von der Einschränkung der Lebensqualität der betroffenen Menschen.

Darum forderte Dr. Munz: „Psychische Erkrankungen müssen genauso ernst genommen werden wie körperliche Erkrankungen“. Es müsse darauf hingewirkt werden, dass künftig besondere psychische Belastungssituationen in allen Arbeitsbereichen identifiziert und abgebaut werden können. Untersuchungen zeigten, dass Maßnahmen zur Beurteilung der Gefährdung durch psychische Belastungen und entsprechende Präventionsmaßnahmen wirksam seien. Bedauerlich sei allerdings, dass es viele Arbeitgeber gebe, die noch keine Maßnahmen in ihren Firmen eingeführt hätten. Hier bestehe dringlicher Handlungsbedarf.



**Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz**

U. a. auch aus diesen Gründen engagiere sich die Landespsychotherapeutenkammer z. B. im Rahmen der Erarbeitung der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg bzw. den hierzu eingesetzten Arbeitsgruppen mit dem Ziel, das Thema psychische Erkrankungen bzw. psychische Gesundheit einzubringen. Sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene müsse kontinuierlich darauf aufmerksam gemacht werden, dass psychische Gesundheit in Gesundheitsprogrammen ebenso Beachtung findet wie körperliches Wohlbefinden. Auch deswegen appellierte Dr. Munz an die Kammermitglieder, sich in Gremien und Arbeitsgruppen, z. B. in den regionalen Gesundheitskonferenzen zeitlich und fachlich einzubringen. „Wir müssen regional und überregional deutlich machen, dass die psychotherapeutische Versorgung für die vielen Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht ausreichend ist“, so Dr. Munz.

In Vertretung der Ministerin Katrin Altpeter ging **Ministerialdirigent Gerhard Segmiller**, Leiter der Abteilung 4, Arbeit im Sozialministerium, auf die Bedeutung ein, die das Tagungsthema auch für die Gesund-



**Ministerialdirigent Gerhard Segmiller**

heitsstrategie Baden-Württemberg hat. Innerhalb der Gesundheitsstrategie werde Gesundheit als wesentlicher Standortfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes angesehen; hier spiele vor allem auch die psychische Gesundheit eine wichtige Rolle. Gerhard Segmiller leitet innerhalb der Gesundheitsstrategie die Projektgruppe Betriebliches Gesundheitsmanagement, deren Bericht in Kürze vorgelegt werden wird und an dem auch die Landespsychotherapeutenkammer engagiert mitgewirkt hat. Ein Schwerpunkt des Berichts fokussiere, so Segmiller, psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz und zeige Wege auf, wie sowohl Betriebe als auch Arbeitnehmer hier besser präventiv wirken können. Nicht zuletzt sei es wichtig, den Betrieben bzw. den Führungskräften zu vermitteln, dass sich Investitionen in diesem Bereich vor allem mittel- und langfristig lohnen, der sogenannte *Return on Investment* hoch sei.



**Dr. Gerhard Bort**

Segmiller leitete damit nahtlos über zum ersten Hauptreferat des Tages von **Dr. Gerhard Bort** zum Thema Identifikation und Prävention psychischer Belastungen und Erkrankungen am Arbeitsplatz aus arbeitsmedizinischer Sicht. Dr. Bort ist Arbeitsmediziner im Sozialministerium Baden-Württemberg und seit vielen Jahren mit dieser Thematik vertraut. Bezogen auf psychische Erkrankungen zeigten aktuelle Daten, dass

vor allem Mitarbeiter im Gesundheitswesen und in der öffentlichen Verwaltung besonders gefährdet seien, so Bort. Er ging u. a. auf die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) ein, die ausgehend von Arbeitsschutzzielen zu einem einheitlich abgestimmten Vorgehen in Richtung Beratung und auch Überwachung der Betriebe führe. Hier seien neben Bund und Ländern die Sozialpartner sowie die Unfallversicherungen beteiligt. Aktuell werde das Prüfsystem für psychische Belastungen aufgebaut, ab 2015 sollten dann entsprechende Prüfungen durchgeführt werden. Hierunter fallen sowohl Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht (z. B. auch bzgl. Mobbing am Arbeitsplatz) als auch die Etablierung von Messverfahren (z. B. Mitarbeiterbefragung, Gefährdungsprofil).



**Prof. Joachim Bauer**

**Prof. Joachim Bauer**, Oberarzt in der Abteilung für Psychosomatische Medizin am Uniklinikum Freiburg, führte in seinem Beitrag aus, dass Probleme in der Beziehungsgestaltung im Klassenzimmer der am stärksten auf die Lehrergesundheit durchschlagende Einzelfaktor seien. Dementsprechend konzentriere sich das „Lehrercoaching nach dem Freiburger Modell“ auf eine Sensibilisierung von Lehrkräften für die Bedeutung der Beziehungsgestaltung sowie eine Stärkung ihrer Beziehungskompetenz. Das Coaching umfasse fünf Module, 1. Fragen der persönlichen Einstellung (Identität, Identifikation), 2. Beziehungsarbeit mit Schülerinnen und Schülern, 3. Beziehungsarbeit mit Eltern, 4. Kollegiale Spaltung versus Zusammenhalt und 5. die Vorstellung und Einübung eines Entspannungsverfahrens. Prof. Bauer stellte erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitevaluation des zusammen mit der LPK Baden-Württemberg durchgeführten Projektes vor, welche zeigten, dass das

Programm in der Lage ist, bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gesundheitsrelevante Parameter zu verbessern. Über 200 Psychotherapeuten aus ganz Baden-Württemberg hatten als Moderatoren an der Studie mitgewirkt, wofür Prof. Bauer herzlich dankte.



**Dirk Scholtysik**

**Dirk Scholtysik**, Referatsleiter bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), Berlin, ging in seinem Beitrag auf das Leistungsspektrum und Reha-Management der DGUV bei psychischen Störungen ein. Wie er ausführte, gewinnen psychische Gesundheitsstörungen nach Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten für die DGUV zunehmend an Bedeutung. Das gelte für die „rein“ psychischen Traumatisierungen (z. B. Überfahrtraumen bei Lokführern, Raubüberfälle in Handel und Banken) genauso wie für Unfallopfer mit (gravierenden) körperlichen Verletzungen, die psychische Folgestörungen erleiden. Die DGUV habe 2008 Empfehlungen zur Prävention und Rehabilitation von psychischen Störungen herausgegeben. Am Anfang stehe eine detaillierte Gefährdungsbeurteilung und die schnelle Hilfe im Vordergrund. Ausführlicher stellte Dirk Scholtysik das sogenannte „Psychotherapeutenverfahren“ mit seinen unfallversicherungsspezifischen Zulassungsanforderungen dar. Im Falle (drohender) manifester psychischer Störungen und zur Vermeidung von Chronifizierungen könne eine schnelle und adäquate Behandlung sichergestellt werden (fünf Stunden probatorische Sitzungen plus zehn Stunden störungsspezifische Psychotherapie), wobei von Anfang an auch die enge Vernetzung von Versicherten, Therapeuten, Arbeitgebern und Unfallversicherungsträger (UVT) mit dem Ziel einer schnellen beruflichen Wiedereingliederung im Fokus der Behandlung stehe.

**Michael Ziegelmayr**, Institut für persönliche und soziale Entwicklung (IPSE), Freiburg sprach zum Thema „Mobbing und Arbeitsplatzkonflikte“. Der Referent war mehrere Jahre für die Mobbing-Hotline Baden-Württemberg tätig. Er führte aus, dass Arbeitsprobleme, speziell Arbeitsplatzkonflikte, immer häufiger als Hintergrund oder Auslöser psychischer Erkrankungen wirksam würden. Mobbing stelle gegenüber „normalen“ Konflikten am Arbeitsplatz eine qualitativ andere Stufe der Belastung dar und verlange andere Formen der Konfliktlösung, sofern diese überhaupt möglich sei. Die Abgrenzung zwischen Mobbing und „normalem“ Arbeitsplatzkonflikt erfolge zum einen über



**Michael Ziegelmayr**

den Zeitaspekt (längerer Zeitraum), zum anderen über die Zielrichtung auf eine bestimmte Person. Hilfsmittel für eine Diagnostik von Mobbingprozessen seien vor allem eine differenzierte Anamnese, der Einsatz von entsprechenden Screening-Fragebögen sowie die Kooperation mit Experten (z. B. der Mobbing-Hotline). Konsequenzen für die psychotherapeutische Behandlung ergeben sich zum einen in der Differenzialdiagnostik (Mobbing als Hintergrund der psychischen Erkrankung),

zum anderen sei für den Psychotherapeuten zumindest partiell ein Rollenwechsel nötig. Ggf. seien Interventionen erforderlich, die die Grenzen herkömmlicher Psychotherapie überschreiten würden (v. a. bei aktiver Unterstützung notwendiger Schritte am Arbeitsplatz).

Im letzten Hauptreferat sprach **Dr. Andrea Wittich**, Psychologische Psychotherapeutin und Organisationspsychologin am Universitätsklinikum Freiburg, zum „Arbeitsplatz Krankenhaus“. In den Krankenhäusern seien in den letzten Jahren Leistungen massiv ausgeweitet worden, während sich die stationäre Verweildauer der Patienten deutlich verkürzt habe. Gleichzeitig seien Stellen abgebaut worden – vor allem in der Pflege. Folge sei, dass immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Grenze ihrer Belastbarkeit seien. Viele berichteten, nach dem Dienst nicht mehr entspannen zu können, litten unter Schlafstörungen oder anderen psychosomatischen Beschwerden und fürchteten, dass ihnen in der Arbeit Fehler unterlaufen könnten, durch die Patienten zu Schaden



**Dr. Andrea Wittich**

kommen könnten. Als Ansätze zur Kompensation und Reduktion psychischer



**Podium v. l. n. r.: M. Ziegelmayr, Dr. A. Wittich, D. Scholtysik, Dr. G. Bort und Dr. D. Munz**



*Blick ins Plenum*

Fehlbelastungen hätten sich, so Dr. Wittich, einerseits Angebote „on“ oder „near the job“ bewährt – z. B. psychotherapeutische und psychosomatische Sprechstunden am Arbeitsplatz, Supervisionen und Coachings für Einzelne und für (interprofessionelle) Teams sowie niederschwellige Kriseninterventionen nach traumatischen arbeitsbezogenen Ereignissen. Darüber hinaus stellten ambulante Psychotherapien für viele Beschäftigte des Gesundheitsdienstes eine wertvolle Ressource dar. Aus arbeitspsychologischer Sicht empfehle es sich, arbeitsbezogene Gesichtspunkte da-

bei systematisch mit zu berücksichtigen, d. h. neben den sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz auch die jeweilige Arbeitsaufgabe, Arbeitsorganisation und Arbeitsumgebung bewusst zu reflektieren. Zur Ergänzung der subjektiven Wahrnehmung des Patienten könne es zudem auch hilfreich sein, sich mit dem jeweiligen betriebsärztlichen Dienst in Verbindung zu setzen. Gleichzeitig sei die Stärkung der individuellen Resilienz durch Psychotherapie wesentlich, um zu verhindern, dass Fehlbelastungen aus der Arbeit sich in psychischen Erkrankungen niederschlagen.

In der anschließenden, von Dr. Munz geleiteten Podiumsdiskussion mit den Referenten wurde in den engagierten Beiträgen aus der Zuhörerschaft deutlich, dass das Thema Psyche und Arbeitsplatz in der psychotherapeutischen Alltagsarbeit, sowohl in der ambulanten Psychotherapie als auch bei Psychotherapie im institutionellen Rahmen, z. B. in Beratungsstellen und Rehabilitationskliniken, eine wesentliche Rolle spielt. Wie auch aus der Evaluation der Tagung hervorgeht, wurde u. a. auch die interdisziplinär gestaltete inhaltliche Zusammenstellung und die Auswahl der Referenten ausgesprochen positiv beurteilt und angeregt, das Thema weiter und ggf. auch vertiefend im Blickfeld zu behalten.

Dem Wunsch vieler Teilnehmer entsprechend haben wir die Präsentationen der Referenten auf unserer Kammerhomepage unter [www.lpk-bw.de/fachportal/fachbeitraege/fb\\_lpk\\_tag13.html](http://www.lpk-bw.de/fachportal/fachbeitraege/fb_lpk_tag13.html) zur Verfügung gestellt. Besten Dank an die Autoren! Dort finden Sie auch einen ausführlicheren Bericht sowie eine Bildergalerie.

## Stand der Beschwerdeverfahren

Eine bedeutende Aufgabe der Landespsychotherapeutenkammer sind Fortbildungen in Rechtsfragen, die Themen der bei der Kammer eingehenden Anfragen und Beschwerden von Patienten beispielhaft aufgreifen und rechtlich erläutern. Die Kammer bot hierzu im letzten Jahr gemeinsam mit den Kammeranwälten vier Fortbildungen an, die guten Zuspruch fanden. Eingehende Beschwerden werden in Zusammenarbeit mit den Kammeranwälten, Kristiane Göpel als zuständigem Vorstandsmitglied und Stephanie Tessmer, Juristin und Ressortleiterin Recht der LPK-Geschäftsstelle, bearbeitet.

Zusätzlich bietet die LPK die Möglichkeit einer anonymen Patientenhotline. Sie wird von ca. zehn Ratsuchenden pro Woche in Anspruch genommen. Darüber hinaus kommen per E-Mail und Telefon wöchentlich ca. 15 bis 20 Anfragen und Beschwerden von Patienten sowie ca. 25 bis 50 Anfragen von Kammermitgliedern zum Berufsrecht an.

Mehr als die Hälfte der Anfragen der Kammermitglieder betrifft Probleme mit der Schweigepflicht. Die häufigsten Beschwerden von Patienten betreffen Ausfallhonorare, die Verletzung des Abstinenzgebotes, unangemessene Äußerungen gegenüber Patien-

ten oder Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Behandlungsplatz. Als besonders sensibel stellen sich immer wieder Psychotherapien mit Kindern und Jugendlichen heraus, z. B. die Behandlung eines Kindes ohne Einwilligung beider Sorgeberechtigter.

In den letzten zehn Jahren gingen insgesamt 290, in den letzten drei Jahren jeweils 20 bis 25 schriftliche Beschwerden von Patienten und Dritten ein. Nachdem zwischenzeitlich eine leichte Abnahme der Beschwerden zu verzeichnen war, sind in diesem Jahr bereits jetzt zur Jahresmitte so viele Beschwerden eingegangen wie im gesamten Jahr 2012.

## Interview mit Dr. Munz in der Stuttgarter Zeitung

In der Wochenendausgabe der Stuttgarter Zeitung vom 15. Juni 2013 wurde ein fast ganzseitiges Interview mit Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz zum Thema psychi-

sche Erkrankungen und psychotherapeutische Versorgung abgedruckt. Die Stuttgarter Zeitung hat uns freundlicherweise erlaubt, das Interview auf der Kammerhome-

page zu veröffentlichen. Sie finden es unter [www.lpk-bw.de/presse.htm](http://www.lpk-bw.de/presse.htm) – Pressespiegel bzw. unter Aktuelles vom 30. Juni 2013.

## Erneuter Hinweis zum Fortbildungszertifikat

An alle Mitglieder, die in der vertragspsychotherapeutischen Versorgung tätig sind: Sichern Sie sich bereits jetzt das Fortbildungszertifikat zum Wunschtermin und kommen Sie so der nächsten großen Antragsflut zuvor!

Wenn Sie bereits jetzt oder einige Zeit vor Ablauf Ihrer Nachweisfrist die erforderlichen 250 Fortbildungspunkte gesammelt haben, können Sie Ihre Unterlagen jederzeit bei uns zur Prüfung einreichen. Ihr Fortbildungszertifikat wird entweder sofort

(= Datum des Eingangs Ihres Antrags) oder zu einem Datum Ihrer Wahl, dem sogenannten Wunschtermin (z. B. 30. Juni 2014) erteilt. Weitere Infos finden Sie unter [www.lpk-bw.de/fortbildung/merkblatt\\_fortbildungszertifikat.pdf](http://www.lpk-bw.de/fortbildung/merkblatt_fortbildungszertifikat.pdf).

## Sommerfest der Heilberufekammern

Beim diesjährigen Sommerfest der Heilberufekammern war wieder viel Prominenz aus dem Gesundheitswesen Baden-Württembergs vertreten. Zu den Gästen gehörten neben Sozialministerin Katrin Altpeter Vertreter der Gesundheits- und Sozialpolitik, der Krankenkassen und anderer Bereiche. In zahlreichen Gesprächen wurde über die aktuelle Gesundheitspolitik, die Wahlen zum Bundestag sowie andere politische Themen diskutiert, aber auch gemeinsam gefeiert. Die seit 2009 stattfindende Veranstaltung ist inzwischen ein wichtiger Meilenstein u. a. für die bessere Vernetzung der Akteure im Gesundheitswesen, vor allem auch für die im Vergleich zu den anderen Heilberufekammern immer noch junge LPK. Im Bild rechts mit Ministerin Altpeter die Präsidenten der Heilberufekammern Lenke, Clever und Munz sowie die Vorstände der Kassenzahnärztlichen und der Kassenerztlichen Vereinigung Maier und Metke.



*v. l. n. r.: Dr. Lenke, Präsident Landeszahnärztekammer, Dr. Clever, Präsident Landesärztekammer, Sozialministerin Altpeter, Frau Dr. Maier, Vorstandsvorsitzende KZV, Dr. Metke, Vorstandsvorsitzender KVBW, Dr. Munz, Präsident LPK*

## Psychotherapie bei Flüchtlingen, Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund – Kammerversammlung im ZfP Reichenau und Kammer im Gespräch

Psychotherapie mit Flüchtlingen und Migranten stellt eine besondere Herausforderung für Psychotherapeuten dar, aber sie ist möglich. Dies würde allerdings die Entwicklung spezieller Fertigkeiten und interkultureller Kompetenzen, am besten bereits in der Ausbildung voraussetzen, wird dort aber noch zu wenig berücksichtigt – dies war die gut untermauerte „take home message“ auf der Kammerversammlung vom 26. Juni 2013 im Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Reichenau von Dr. Michael Odenwald, Leiter der Psychotherapieambulanz der Universität Konstanz und langjährig erfahren in der Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen.

Tilman Kluttig, leitender Psychologe in der Klinik für forensische Psychiatrie des ZfP, hatte die Tagungsorganisation übernommen und führte durch den Tag. Gekommen waren ca. 30 angestellte Kolleginnen und Kollegen, die aus stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen der Psychiatrie, der Psychosomatik, aus Reha-Einrichtungen, Tageskliniken usw. aus ganz Baden-Württemberg angereist waren. Da die Teilnehmer, wie die Diskussion zeigte, überwiegend selbst in ihrer täglichen klinischen Arbeit häufig konfrontiert sind mit Menschen, die dieses Schicksal haben, war das Interesse am Thema groß.

Baden-Württemberg hat bundesweit neben Hamburg und Bremen den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund hat (ca. 25% der Bevölkerung). Migranten nehmen im Vergleich insgesamt weniger medizinische Leistungen in Anspruch, weisen z. T. jedoch wesentlich höhere psychosoziale Belastungen auf. Diagnostisch überwiegen affektive und somatoforme Störungen. Um mit Menschen mit Migrationshintergrund psychotherapeutisch arbeiten zu können, bedarf es der Entwicklung einer größeren Kultursensibilität und interkultureller Kompetenzen, was auch in der Psychotherapieausbildung stärker Thema sein sollte. Michael Odenwald verdeutlichte, wie

Psychotherapie durch Beisein eines Dolmetschers den Beziehungskontext verändert und die Vermittlung von Inhalten beeinflusst und begrenzt. Das Programm die-

ser ganztägigen Veranstaltung ließ bereits am Vormittag viel Platz für die Diskussion und den Erfahrungsaustausch hinsichtlich der therapeutischen Arbeit.

Zum Abschluss der Tagung fand ein Austausch mit Mitgliedern des Kammervorstandes (Dr. Dietrich Munz, Dr. Roland Straub) und des Ausschusses PTI (Dieter Schmucker) statt („Kammer im Gespräch“).

## Prüfungstätigkeit des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2012

Der Vorstand der LPK Baden-Württemberg hatte der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bansbach, Schübel, Brösztl & Partner GmbH den Auftrag erteilt, die Jahresrechnung 2012 zu prüfen. Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung, die aus Bilanz, Einnahmen-Ausgabenrechnung und Anhang bestehende Jahresrechnung zum 31. Dezember 2012. Die Abschlussprüfungen wurden im Juni 2013 in den Räumen der LPK-Geschäftsstelle durchgeführt. Hierbei wurde eine vorläufige Beurteilung der Prüfungsrisiken vorgenommen. Auf Basis dieser Einschätzung erfolgte durch die Wirtschaftsprüfer (WP) eine Analyse der Geschäftsprozesse. Darauf aufbauend wurden eine risikoorientierte Prüfungsstra-

tegie entwickelt und die Prüfungsschwerpunkte abgeleitet. Im Ergebnis stellte der WP fest, dass die formelle und materielle Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens vorliege. Es entspricht damit den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Weiterhin wurde festgestellt, dass die Geschäftsvorfälle vollständig und zeitgerecht erfasst werden. Die Prüfung der WP hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach der Beurteilung der WP aufgrund der bei der Prüfung gewonnen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung der LPK BW für das Rechnungsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestim-

mungen der Hauptsatzung; sie entspricht damit der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LPK Baden-Württemberg.

Die verantwortlichen WP Auxel und Frank bedankten sich bei Dr. Munz und Birgitt Lackus-Reitter sowie dem Geschäftsführer Christian Dietrich für die Zusammenarbeit. Die verantwortlichen Mitarbeiter in der Geschäftsstelle (Stefan Leiblein, Elke Wollandt) wurden von den WP für die Vorbereitung der Prüfungstätigkeit gelobt. Am 19. Juli 2013 wurde das Ergebnis der Prüfungen dem Haushaltsausschuss unter dem Vorsitz von Jürgen Pitzing vorgestellt und erläutert.

## Bekanntmachung über die Auslage des Prüfberichtes 2012 sowie des Haushaltsplanes 2014 der LPK BW zur kammeröffentlichen Einsichtnahme

Gemäß §§ 27 Abs. 4, 28 Abs. 3 der Hauptsatzung werden der Prüfbericht über den Jahresabschluss 2012 und der prospektive Haushaltsplan 2014 für die Kammermitglieder in der Zeit vom 1. November bis zum 29. November 2013 in der Geschäfts-

stelle, Jägerstrasse 40, 70174 Stuttgart zur Einsichtnahme ausgelegt. Falls Sie diese Dokumente einsehen möchten, bitte wir Sie um vorherige Terminabstimmung per Telefon (0711/ 674470-0) oder per E-Mail (info@lpk-bw.de).

## Termine

*Fachtag Kultursensible Psychotherapie: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund (s. o.)*, 23.11.2013, 13.00-17.00 Uhr, Stuttgart, Geno-Haus, Heilbronner Straße 41. Kosten: 60,- €, Frühbucher 50,- €, 4 Fortbildungspunkte.

### Geschäftsstelle

Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart  
Mo – Do 9.00 – 12.00, 13.00 – 15.30 Uhr  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr  
Tel. 0711 / 674470-0  
Fax 0711 / 674470-15  
info@lpk-bw.de  
www.lpk-bw.de